

Kapitel

Initiator*innen: Kreisvorstand Grüne Dortmund (dort beschlossen am: 03.04.2025)

Titel: Finanzen

Text

1 Städte wie Dortmund leiden unter einer hohen Altschuldenlast, sodass allein die
2 Tilgung dieser Kredite die kommunalen Haushalte stark belasten. Wir begrüßen die
3 nun endlich in Aussicht stehende Altschuldenlösung der Landesregierung und
4 drängen auf schnelle Umsetzung mit Beteiligung des Bundes. Denn der Dortmunder
5 Haushalt wird nur durch geschickte Bilanzierung aus der Haushaltssicherung
6 herausgehalten, die enorme Einschränkungen in der politischen Gestaltung der
7 Stadt nach sich ziehen würde. Gleichzeitig kosten die meisten
8 kommunalpolitischen Ideen, die Dortmund nach vorne bringen, viel Geld, nicht
9 zuletzt auch viele Forderungen aus diesem Programm. Finanzielle Mittel und eine
10 eigenständige Haushaltsführung sind essenziell, um den vielfältigen
11 Herausforderungen von Klimaschutz über die Unterbringung von Geflüchteten bis
12 hin zum Erhalt der sozialen Infrastruktur begegnen zu können.

13 Daher werden wir

- 14 • eine Haushaltspolitik verfolgen, die uns von der Haushaltssicherung fern
15 hält.
- 16 • die kommunalen Einnahmen aus Grundsteuer, Gewerbesteuer, Hundesteuer,
17 Verpackungssteuer und weiteren Steuern evaluieren und ihre Erhebung
18 durchsetzen.

- 19 • die Grundsteuer C zur Baulandmobilisierung einführen.
- 20 • uns weiterhin für das Konnexitätsprinzip einsetzen, bei dem Bund und Land
21 sich an den Mehrkosten beteiligen, die ihre Gesetze und Erlasse auslösen.
- 22 • durch eine vielfältige Gewerbelandschaft eine weiterhin krisensichere und
23 schwankungsarme Gewerbesteuerereinnahme gewährleisten.
- 24 • uns dafür einsetzen, die RWE-Aktien der Stadt zu verkaufen und durch eine
25 gleichermaßen lukrative klimaneutrale Finanzbeteiligung zu ersetzen.
- 26 • keine städtischen Gewinne mehr aus klimaschädlichen Finanzanlagen beziehen
27 und öffentliche Gelder nur in Unternehmen investieren, die auf nachhaltige
28 Energiegewinnung setzen und sich ethischen Mindeststandards verpflichten.
- 29 • die Anteile des Flughafens an der DoPark direkt an DSW21 verkaufen, um
30 damit die Gewinne aus den Anteilen der Flughafengesellschaft an der DoPark
31 innerhalb der DSW in nachhaltige Mobilität zu investieren, anstatt damit
32 den Flughafen querzufinanzieren.
- 33 • uns dafür einsetzen, dass das Gewerbesteuerdumping auf Bundes- oder
34 Landesebene verboten wird, um Gerechtigkeit zwischen den Kommunen
35 herzustellen und die Schere zwischen reichen Kommunen und immer höher
36 verschuldeten Kommunen zu schließen.

37 Um die Gleichstellung der Geschlechter auch in der finanziellen Priorisierung
38 widerzuspiegeln, werden wir

- 39 • das Prinzip des Genderbudgetings in allen Bereichen verankern, welches
40 besagt, dass ausgegebenes Geld allen Geschlechtern in gleichem Maße
41 zugutekommt.
- 42 • dabei in ausgewählten Bereichen vorangehen und das Genderbudgeting bereits

43 vollständig umsetzen, zum Beispiel im Sport, in der Kultur und in der
44 sozialen Infrastruktur.

- 45 • in den anderen Bereichen Awareness dafür schaffen, zum Beispiel beim Bauen
46 und bei der Stadtplanung.

47 Für eine transparente Haushaltsführung unter Beteiligung der Bürger*innen werden
48 wir

- 49 • den Bürger*innen eine interaktivere und transparentere Darstellung des
50 Haushalts zur Verfügung stellen.

- 51 • ein Gesamtkonzept von der Einbindung der Bürger*innen bei der
52 Haushaltserstellung bis zum Umgang mit den Ergebnissen einfordern, wobei
53 unterschiedliche Methoden bei der Auswahl der Bürger*innen
54 (Zufallsauswahl, Ansprache aktiver Bürger*innen und
55 Zielgruppenvertretungen) geprüft und die digitale Beteiligung ermöglicht
56 werden sollen.